

## **Zwischen Hoffnung und Zweifel Ungarns jüngster Weg in die Demokratie**

Seit 1988 stehen Ungarn und Polen, die ehemaligen unbotmäßigen Satelliten Moskaus, nicht nur im Mittelpunkt des Interesses von Politikern und Journalisten. Die gesamte öffentliche Meinung des Westens zeigte sich gegenüber den lebhaften politischen Ereignissen in diesen beiden Ländern sehr aufgeschlossen. Als erste haben es diese beiden Staaten verstanden, die in Moskau durch Gorbatschow eingeleiteten Reformen zu nutzen, um in den letzten Jahren eine stürmische politische Entwicklung einzuleiten. Die westlichen Staaten und ihre Fachexperten waren von dieser Entwicklung, die sie selbst seit eh und je herbeigewünscht hatten, so überrascht und sogar so verwirrt, daß sie wegen der Schnelligkeit der Reformbestrebungen zur Vorsicht mahnten. Es traten Ereignisse ein, mit denen niemand gerechnet hatte: ein lawinenartiger Zusammenbruch des Sowjetsystems in Osteuropa, teilweise sogar innerhalb der Sowjetunion. Denn es hatte kaum jemand damit gerechnet, daß die Reformbestrebungen von Gorbatschow die Sowjetunion in die tiefste Krise seit 1917 und schließlich an den Rand des Zerfalls bringen würden. Im Laufe eines knappen Jahres wurde der Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen dem besiegten und zerstörten Deutschland und der siegreichen Sowjetunion zum Frieden des wirtschaftlich erfolgreichen Deutschland und der wirtschaftlich ruinierten, verarmten und hungernden Sowjetunion, die bei den westlichen Staaten um Lebensmittel betteln muß. Kaum einer hätte gedacht, daß bald eine Neuordnung der europäischen Verhältnisse nötig werden würde.

Ungarn spielte in dieser Entwicklung eine zentrale Rolle. Relativ schnell organisierten sich die reformfreudigen Kräfte innerhalb und außerhalb der herrschenden Partei und setzten die konservativ-zentralistischen Kräfte der Parteigruppe um Kádár unter Druck. Diese mußten, wenn sie die Ereignisse unter Kontrolle halten wollten, bald einsehen, daß sie teilweise wirklich, teilweise nur mit Lippenbekenntnissen bei den Reformbestrebungen mitmachen mußten. Außerdem war auch für sie nicht zu verkennen, daß die politischen Veränderungen in der Sowjetunion den innenpolitischen, vor allem aber den außenpolitischen Spielraum Ungarns beträchtlich ausweiteten und neue Möglichkeiten schufen, die bestehenden Verbindungen zu den westlichen Staaten, von denen Ungarn in der Zwischenzeit finanziell durch Kredite voll abhängig geworden war, auszubauen. Allein die innenpolitischen Veränderungen hätten ausgereicht, um einen regionalen und übernationalen Umbruch einzuleiten. Der entscheidende Punkt war ein außenpolitischer, besser gesagt ein quasi-außenpolitischer Vorgang: die brutale Minderheiten-, Bevölkerungs- und Siedlungspolitik des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceausescu. Die von Ungarn initiierten Verhandlungen der beiden Parteichefs erwiesen sich aus ungarischer Sicht nicht nur als erfolglos, sondern als politisch vollkommen unnützlich. Am Ende des Jahres 1987 war die Massenflucht der ungarischen Bevölkerung aus Siebenbürgen über die grüne Grenze

weder aufzuhalten noch zu verheimlichen. Schon seit dem Frühjahr 1987 hielten sich Hunderte von Ungarn aus Rumänien, aber in steigender Anzahl auch ethnische Rumänen zum Teil illegal bei Verwandten, Bekannten und bei kirchlichen Institutionen auf. Es mußten um so schneller Maßnahmen getroffen werden, als weite Kreise der ungarischen Bevölkerung und führende Intellektuelle ihrem Unmut über die rumänische Politik und ihre Solidarität mit den Siebenbürger Ungarn immer heftiger und spontaner Ausdruck verliehen. Dazu kamen internationale Protestkundgebungen zugunsten dieser Rumänienflüchtlinge. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung sah sich die ungarische Regierung gezwungen, den Flüchtlingen Asylrecht einzuräumen und dadurch deren ungeklärte Lage in Ungarn zu legalisieren.

Dieser Vorgang hatte aber weitreichende Konsequenzen. Bald darauf belagerten DDR-Flüchtlinge die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Bonn und Budapest, und nachdem auch die Sowjetunion ihren Segen dazu gegeben hatte, durften sie in den westlichen freien Teil ihres Vaterlandes ausreisen. Ungarns humanitäres Verhalten in dieser Angelegenheit beeindruckte nicht nur die Bevölkerung im freien Teil Deutschlands, sondern rief in allen demokratischen Ländern des Westens Anerkennung hervor. Dies war nicht nur als eine humane Tat zu bewerten, sondern kam einer Stellungnahme gegen die unmenschliche, versteinerte Ostblocktradition gleich.

Das war der entscheidende Punkt, durch den Ungarn ins Zentrum der osteuropäischen Ereignisse geriet. Ungarn wurde zu einem Musterland im Ostblock, in dem sich Regierung und maßgebende Führer der herrschenden Partei öffentlich und offensichtlich ernsthaft zu Normen und Institutionen des europäischen, demokratischen Rechtsstaates bekannten, wo die reformfreudigen Kreise der kommunistischen Partei die Oberhand gewannen und den Mut hatten, die heilige Einheit der Partei zugunsten einer unvorhersehbaren Entwicklung zu zerschlagen. Es konnten oppositionelle Parteien gegründet werden, sie durften sich an einem Runden Tisch zusammensetzen, so daß sich die Regierung auf Verhandlungen über gesetzliche Regelungen und das Funktionieren des zu schaffenden bürgerlichen Parlamentarismus einlassen mußte. Ungarn verkörperte wohl für kurze Zeit Hoffnung und Glauben von Millionen innerhalb und außerhalb Osteuropas auf beziehungsweise an ein menschenwürdiges Dasein, eine pluralistische Demokratie, eine sozial – vielleicht sogar ökosozial – gesinnte Wohlfahrts-gesellschaft. All das weihte Ungarn zum Vorkämpfer der Demokratisierung und Europäisierung, genauer gesagt der Re-Europäisierung. Zum anderen aber wurde Ungarn zur Zielscheibe heftiger Attacken der weiterhin stalinistisch agierenden Regierungen der Nachbarstaaten, deren panische Furcht, von der eigenen Nation abgesetzt zu werden, den Gedanken nahelegte, die Umkehrung der Vorgänge in Ungarn militärisch herbeizuführen. Die Tage ihrer Herrschaft waren aber schon gezählt. In wenigen Monaten wurden Jaks, Honecker, Živkov und Ceauşescu von den Wogen der Volkswut fortgespült.

Dank dieser stürmischen Entwicklung gibt es heute weder in Ungarn noch anderswo ernstzunehmende politische Kräfte, die an einer Rückkehr zum totalitären

politischen System und Gesellschaftsgebilde interessiert sind oder imstande wären, entsprechende Maßnahmen durchzuführen. Überall spricht man über Demokratie: zur demokratischen Umgestaltung gebe es keine Alternative, wenn man tatsächlich nach Europa zurückkehren wolle; der Totalitarismus habe keine Chancen und Ressourcen mehr; Demokratie und Marktwirtschaft seien die nächstgelegenen Ziele; Osteuropa integriere sich unwiderruflich in Gesamteuropa.

All dies sind aber vorwiegend von Wunschträumen bedingte Aussagen, ideologisch gefärbte Losungen, bei denen sich immer wieder die Frage stellt, wieviel Wahrheitsgehalt und Realitätsnähe sie haben. Denn was ist die Basis, auf die sich eine entbolschewisierte, Europa angeglichene Gesellschaft stützen kann? Oder wie kann die Gesellschaft unter den gegebenen Bedingungen umgestaltet werden, kurzum: wie verhalten sich Wunsch und Realität zueinander?

Heute braucht wirklich nicht mehr ernsthaft untersucht werden, ob ein Rückschlag des linken Flügels der kommunistischen Partei, ein Staatsstreich, eine Lösung nach chinesischem Vorbild eine Chance hat, obwohl es sowohl in Ungarn als auch in den Nachbarstaaten, die zum Teil kürzere Reformperioden bis zum Sturz des Regimes durchliefen, eine real in Kauf zu nehmende Gefahr war. Die Ressourcen des Totalitarismus scheinen für lange Zeit erschöpft zu sein. Das heißt aber bei weitem nicht, daß die Länder Osteuropas von jetzt an einer westeuropäischen Staatengruppe angehören könnten, als wären sie von diesen Staaten nie abgetrennt gewesen. Wie Osteuropa mit seiner schematischen Fragestellung Kapitalismus versus Sozialismus abrechnen muß, so müssen sich auch die westlichen Staaten von einer schematischen ideologischen Fragestellung von Totalitarismus versus Pluralismus und Marktwirtschaft verabschieden. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß die osteuropäische Region in bezug auf ihre Bedingungen und Gegebenheiten erhebliche Unterschiede zu den westeuropäischen Staaten aufweist. Die vierzig Jahre kommunistische Herrschaft stellten nur die jüngste Periode der Unter- und Fehlentwicklungen der osteuropäischen Wirtschaft und Gesellschaft dar. Das bedeutet aber nicht, daß diese nur episodische Bedeutung hätte. In der Geschichte der Völker ist ein halbes Jahrhundert nur eine kurze Zeitspanne, doch in der sozialen Entwicklung, besonders in unserem Jahrhundert, erscheint sie lang. So wird die ungarische Gesellschaft – übrigens nicht zum erstenmal in der Geschichte – in der nahen Zukunft vor die Doppelaufgabe gestellt, die Fehlentwicklungen ihrer älteren und jüngeren Geschichte gleichzeitig zu bewältigen.

Heute geht es nicht allein um die Ablösung einer diktatorischen Regierung durch eine parlamentarische – das ist nur der auffallendste Wesenszug der jetzigen Veränderung –, sondern vor allem darum, eine Gesellschaft mit all ihren Funktionsbereichen von Grund auf zu erneuern. Es soll eine vom Staat unabhängige, autonome Gesellschaft entstehen, die von einem konstitutionellen, institutionell pluralistischen politischen System regiert wird und auf der Grundlage privat- und marktwirtschaftlicher Konkurrenz steht. Die Gesellschaft bedarf also einer umfassenden Modernisierung, die eine tiefe Umwälzung herbeiführen soll. Solche Umwandlungen und radikalen Umbrüche stießen immer schon – das ist aus der Geschichte der Neuzeit wohl bekannt – auf zähe Gegenkräfte der Beharrung, deren Widerstand besagte Vorgänge nicht nur zu verzögern, sondern in nicht wenigen

Fällen völlig zu vereiteln vermochten. In unserem Fall kann man nur hoffen, daß 1989 schließlich nicht unter die vielversprechenden und doch Enttäuschung bringenden Jahre der ungarischen Geschichte – 1848, 1867 und 1945 – eingereiht werden muß. Sowohl zur Hoffnung als auch zum Zweifel gibt es Gründe genug. Während in der Geschichtswissenschaft die Frage nach »was wäre geschehen, wenn...« unzulässig ist, gibt es in der Politik, die letztendlich Geschichte im Präsens ist, keine wichtigere Frage als: »was würde geschehen, wenn...«. Daher müssen die Gegebenheiten und Chancen verantwortungsbewußt untersucht werden.

Ungarn sieht einem schwierigen und langwierigen Prozeß der Umgestaltung entgegen. Eine vierzig Jahre dirigistisch regierte Gesellschaft kann nicht im Handumdrehen als musterhafte pluralistische Demokratie funktionieren. Es ist unmöglich, anzunehmen, daß sich Menschen, die die kommunistische Diktatur aufrechterhielten und stützten oder an ihrem Erhalt mitwirken mußten, von einem Tag zum andern in ihrem Denken und Handeln in überzeugte Demokraten verwandeln, deren höchstes Anliegen es ist, die Spielregeln des Pluralismus einzuhalten. Denn Menschen ändern sich in der Regel nicht grundsätzlich in ihrer Verhaltensweise, sondern sie passen sich nur den veränderten Verhältnissen an. Der menschliche Faktor ist aber nur einer von vielen. Es erhebt sich die grundsätzliche Frage, was die kommunistische Herrschaft in Ungarn hinterlassen hat.

Im großen und ganzen ist es das gleiche wie anderswo im ehemaligen Ostblock: zerüttetes Staatswesen, ruinierte Wirtschaft, Unmoral und enttäuschte Gesellschaft. Das über der Gesellschaft schwebende, alles zu umfassen bestrebte Herrschaftsgebilde hatte künstlich eine Situation geschaffen, in der das »Bewußtsein« einer Partei das »Dasein« der Gesamtgesellschaft in einem solchen Maße bestimmte, daß die Funktionsregeln der Partei zu denjenigen der Gesellschaft geworden sind.<sup>1</sup> Die Partei schuf ein undurchschaubares, überkompliziertes System der auf informalen Sondervereinbarungen beruhenden Interessenartikulation und -aggregation, das die ganze Gesellschaft umflocht, einen jeden Bürger zur Beteiligung und indirekt zur Aufrechterhaltung des Regimes gezwungen hat.<sup>2</sup>

Die sogenannte Einparteienherrschaft war keine bloße politische Autokratie. Die politische Macht, die seit 1917 immer im Zentrum des parlamentarischen oder außerparlamentarischen Kampfes der kommunistischen Parteien stand, war nur der erste Schritt zur Verwirklichung einer sozialen Utopie. Diese Utopie, die sich als die einzig wissenschaftliche Theorie betrachtete, besagte, daß die Zeit für die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft gekommen sei. In der entstehenden Gesellschaft würden die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital, Produktion und Konsum erlöschen und somit die Klassen in einer höheren Integration aufgehen. Das sei ein unumgänglicher geschichtlicher Prozeß, der sich mit Notwendigkeit und Unerbittlichkeit der natürlichen Gesetzmäßigkeiten zutragt. Die Eigenart dieses Vorgangs sei es, daß die klassenlose Gesellschaft entsteht, indem die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Avantgarde, der kommunistischen Partei, die letzte

<sup>1</sup> HANKISS: Kelet-európai alternatívák, S. 42-64.

<sup>2</sup> SZENTES: A szálíni rendszér, S. 5 ff.

Form der Klassenherrschaft, den Kapitalismus, stürzt und die Produktionsmittel sozialisiert sowie die gerechte Verteilung der Konsumgüter organisiert.

Nach der Machtergreifung legte die Partei das Gewand der parlamentarischen Interessenvertretung ab und begann mit der durch ihre universalistisch-messianistischen Ideologie gerechtfertigten Monopolisierung aller gesellschaftlichen Schlüsselpositionen. Sie spielte nicht nur die Rolle einer politischen Elite, sondern auch diejenige einer sozialen und wirtschaftlichen Elite, die sogar auf die geistig-geistlichen Werte Anspruch erhob und als Quasikirche auftrat.<sup>3</sup> So entstand eine Kaste oder »neue Klasse«, die gleichzeitig innerhalb oder außerhalb der Gesellschaft stehend als einzige Besitzerin der als Naturgesetz verstandenen sozial-historischen Wahrheit sich zum allwissenden und allmächtigen Organisator der sozialen Verhältnisse aufspielte und Ziele und Maßstäbe von Gesellschaft, Gemeinschaft und Individuum allein bestimmen zu können glaubte, während sie das Recht auf eine andere Welt- und Wertedeutung grundsätzlich ausschloß.

Da die Partei mehr war als die Gesamtheit ihrer Mitglieder, da sie auch einen Geist verkörperte und bis in den Alltag hinuntergreifend ein mythisch-mystisches Ganzes zu verwirklichen suchte, bedeutete Mitgliedschaft nicht nur Zugehörigkeit zu einem Gewaltssystem, sondern auch Denk- und Lebensweise, nämlich ein eigenartiges, esoterisches Modell des individuellen Daseins, dessen Rituale, Bräuche, Gewohnheiten, Techniken auch nach dem Dahinschwinden ihres systemimmanenten Sinns real existente Triebkräfte blieben und jederzeit unerwartet in neuem Gewand zutage treten konnten.<sup>4</sup>

Die offizielle Parteiideologie ließ die Welt für die Mitglieder als ein zweipoliges Freund-Feind-Verhältnis erscheinen. Dieses Weltbild bestimmte weitgehend die Selbsteinschätzung des einzelnen Parteimitglieds und legitimierte seine finanzielle, macht-, status- und informationsmäßige Sonderstellung. Von diesen war die allerletzte von höchstem Rang, da sie das einzige Privileg der einfachen Parteimassen war. Als Entgelt für ein Mehr an Informationen war es deren Aufgabe, Informationen über die soziale Umwelt zu sammeln, die von der Parteizentrale freigegebenen Informationen zirkulieren zu lassen und die aktuelle Parteilinie in den untersten Parteizellen und in der nichtorganisierten Bevölkerung zu vertreten.<sup>5</sup> Der Besitz von Informationen sicherte eine erhebliche Machtposition.

Es lohnt sich hier, einen Blick auf die Legitimationsstruktur der Partei aus individueller Sicht zu werfen. Mitgliedschaft hieß Mitbesitz an der alleinigen Wahrheit, und dies ließ die Wirklichkeit als bloße Manifestation, als die genuine Wirklichkeit verdeckende »Maya« erscheinen. Außerdem bedeutete sie Mitvertretung der historisch gesetzmäßigen Entwicklung, Mitbeteiligung an der charismatischen Kraft der Partei sowie – in den meisten Fällen – tiefe Dankbarkeit für den eigenen sozialen Aufstieg. Diese Bewußtseinsstruktur schaukelte das Einzelschicksal in die Illusion, über der Gesellschaft, sogar über der Wirklichkeit zu stehen und die

<sup>3</sup> Analyse des Stalinismus als ein neoreligiöses Denksystem bei TALLÁR: Sztálinizmus és reszakralizáció, S. 41-46.

<sup>4</sup> HORVÁTH – SZAKOLCAI: A párt, S. 29-30; BECSKEHÁZI: A világgéppé kövült ráció, S. 56 ff.

<sup>5</sup> HORVÁTH – SZAKOLCAI: A párt, S. 29.

beinahe übermenschliche Aufgabe auf sich nehmen zu müssen, die unbeholfenen Massen aus ihrer Ohnmacht herauszuführen. Dieses neobarocke Verständnis vom unerschrockenen Kämpfer und weisen Erzieher sicherte dem einzelnen eine hohe Selbsteinschätzung.

Wenn sich die ideokratische Herrschaft als pure Tyrannis, die Partei als Gewaltapparat, die Wahrheit als Lüge, Dienst und Berufung als Kollaboration entlarvt – wie es vor kurzem geschehen ist –, dann wird der Unterbau der Persönlichkeit erschüttert, und es entsteht eine oft unauflösliche individuelle Krise, vor allem wenn diese sich nunmehr negativ manifestierende Zugehörigkeit als einziger Trappfeiler der Persönlichkeit nicht durch private Tugenden zu ersetzen ist.<sup>6</sup>

Wohlbekannt ist die Tatsache und des Beweises kaum bedürftig, daß sich die nicht besonders populären kommunistischen Parteien in den meisten der späteren Ostblockstaaten aus dem Mob, den Deklassierten aller Klassen, vorwiegend aus den untersten Schichten des Mittelstandes, der Arbeiterschaft erster Generation sowie dem Lumpenproletariat rekrutierten. Aus der Tradition der Untergrundbewegung, der unterprivilegierten sozialen Basis und nicht zuletzt derjenigen der elitär-autoritären Ideologie folgte, daß das ausschließliche Auswahl- und Erziehungsprinzip der Kaderbildung absolute Loyalität und bedingungsloser Gehorsam waren, wesentlich weniger – anfangs fast überhaupt nicht – berufliche Qualitäten oder Begabung. Aus soziologischer Sicht etablierte sich mit der kommunistischen Machtübernahme eine marginale, nicht integrierte, aber integrationssüchtige Gruppe. Ihre anachronistische soziale Position, wodurch sie sich zugleich innerhalb und außerhalb des sozialen Systems befand, bestimmte ihre Bewußtseinsstruktur. Zum einen war sie von tiefem Haß erfüllt auf eine Gesellschaft, die sie – in welchem Sinne auch immer – ausstieß, zum anderen bewegte sie der Drang zum sozialen Aufstieg. Statt – wie normalerweise – im Laufe des sozialökonomischen Fortschritts reintegriert, also aufgesogen und den realen Verhältnissen angepaßt zu werden, nötigte diese soziale Gruppe der Gesamtgesellschaft ihre eigenen Organisations- und Funktionsregeln auf.<sup>7</sup>

So geschah es, daß in allen formalen Organisationen und Funktionsbereichen bis zu den Regierungs- und führenden Parteikreisen eine negative Selektion zur Geltung kam. Da der einzige Weg zum sozialen Aufstieg durch die Partei führte, strömten un- oder halbgeschulte, aber karriere- und machtsüchtige Gruppen in die Partei und brachten ihre Ressentiments gegen die Intellektuellen mit. Das manifestierte sich in der intellektuellenfeindlichen Politik der kommunistischen Partei. Diese Gruppen organisierten sich über der Gesellschaft zu einer wirklichen »neuen Herrscherklasse«, deren Mitglieder die machiavellistische Herrschaftstechnik so gründlich beherrschen sollten, daß sie zu wahrhaften politischen Überlebenskünstlern wurden. Dies war für sie um so nötiger, als das Prinzip der Treue zur Ideologie sich als vasallenmäßige Ergebenheit dem Vorgesetzten gegenüber zutage trat.

<sup>6</sup> HORVÁTH – SZAKOLCAI: A párt, S. 30.

<sup>7</sup> HANKISS: Kelet-európai alternatívák, S. 29.

Das war aber nicht der einzige Zug, der an die Struktur des frühen Feudalismus erinnerte. Hier aber verteilten die Parteilehns Herren statt Lehnsgüter Ämter als Pfand und Belohnung für die Treue. So entstand im existierenden Sozialismus aus den Lehnketten um einzelne führende Persönlichkeiten eine polikratische Ober- und Mittelschicht, die dann in Gestalt einer politischen Wechselwirtschaft zwischen Verwaltungsämtern von Partei und Staat zirkulierte. In diesem System war es eine logische Erscheinung, daß die Amtsträger des staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltungsapparats, noch eher diejenigen der Parallelämter in der Partei, angesichts stets drohender Abrufbarkeit vor allen Dingen daran interessiert waren, in ihren Händen die größtmögliche Macht zu konzentrieren. So konnten sie während ihrer Amtszeit den Nutzen maximieren und ihre Konkurrenz minimieren, um bei einem eventuellen Positionswechsel mit einem möglichst kleinen Statusverlust davonzukommen.

Das hatte zur Folge, daß sich die Korruption latent institutionalisierte und zum Wesensmerkmal der Struktur wurde, ferner, daß sich die Ämter zu multiplizieren angingen. Es wurde eine Anzahl von unfähigen Organisationen und Ämtern ins Leben gerufen, deren Funktion höchstens in der Kontrolle und Erpressung der Bevölkerung lag.<sup>8</sup>

Diese bürokratische Kaste übernahm auch Status und Funktion einer wirtschaftlichen Elite, indem sie die im Privateigentum befindlichen Produktionsmittel, aber in einem gewissen Sinne auch die Arbeitnehmer verstaatlichte. Da die selbstregulierenden Vorgänge des Marktes nicht mehr existierten – laut sozialistischer Theorie auch nicht existieren durften –, fiel die Aufgabe der administrativen Steuerung der Wirtschaft dem Staat zu. Das vermehrte schier unendlich den administrativen Apparat, außerdem entstand die für die sozialistische Wirtschaft überall charakteristische Situation, daß die Produktionsmittel und Ressourcen keinen Eigentümer hatten. Sie galten als kollektives Privateigentum der Partei- und Staatselite, die eine kollektive Ausbeutung ausübten. Das Eigentum von Genossenschaften bildete keine Ausnahme, da diese durch Enteignung entstandene Zwangsorganisationen waren. Ihre Selbständigkeit bestand nur zum Schein, in Wirklichkeit standen sie unter staatlicher Kontrolle. Unternehmen und Geschäfte veränderten vollkommen ihren Charakter. Sie verwandelten sich in Produktions- und Verteilungsstätten und waren dem staatlichen Plan-Dirigismus völlig ausgeliefert. Was und wieviel produziert, verkauft, thesauriert, exportiert oder importiert wurde, unterlag ausschließlich administrativen Entscheidungen. Preise und Löhne hatten mit realen Wertverhältnissen nichts zu tun, sie hingen weder von Leistung und Qualität noch von ökonomischer Wirksamkeit ab. Die in Produktion und Handel entstandenen Gewinne wurden vom Staat zentralisiert und von Jahr zu Jahr neu verteilt. So finanzierten die Gewinne der wirksamen Wirtschaftszweige letzten Endes die Ineffizienz anderer Zweige oder Unternehmen. Schließlich ging das Arbeiterinteresse an Menge und Qualität verloren.

---

<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang schreibt HANKISS: Kőzösség, S. 15 ff. von einer Refeudalisierung der sowjetischen Gesellschaft.

Da es konkret keine Eigentümer gab, konnte von Eigentümer- oder Unternehmerinteressen nicht die Rede sein. Die Leitung eines Unternehmens war keine wirtschaftliche Tätigkeit im eigentlichen Sinn, sondern eine Verwaltungsfunktion, wie jedes Amt in der Staatsverwaltung. Auch in der Wirtschaft war der Amtsträger vor allem daran interessiert, während der Amtszeit die sich aus dem Amt ergebenden Privilegien auszunutzen und durch restlose Ausführung der Anweisungen der Obrigkeit die Befähigung zu höheren Funktionen zu beweisen. Da die öffentliche Kontrolle und die realen Maßstäbe fehlten, konnten riesengroße Scheinleistungen zur Schau gestellt werden. Das führte zu enorm großzügigen Projekten und unnützen, verschwenderischen Investitionen, zu einem breit angelegten System der Verantwortungslosigkeit.

\*

In das oben geschilderte »klassische Modell« des Totalitarismus paßte Ungarn nicht ganz hinein. Die Revolution im Herbst 1956 war eine Wasserscheide. Die kommunistische Herrschaft war noch zu restaurieren, nicht aber die orthodoxe, stalinistische Politik. Die nach den Repressionen eintretende Konsolidierungspolitik des Kádár-Regimes war ab Mitte der sechziger Jahre vielmehr als bonapartistisch zu bezeichnen, obwohl Symbolik und Fassade nach innen, aber noch mehr nach außen bestehen blieb. Die Konsolidierung basierte auf einem System der Kompromisse mit allen wesentlichen sozialen Schichten. Im Zentrum dieser Kompromisse stand die Sicherung eines relativen Wohlstands. Der sogenannte Konsumsozialismus sicherte der qualifizierten Arbeiterschaft und den Schichten des unteren Mittelstands ein relativ hohes Gehalt und dazu eine ganze Fülle von staatlichen und betriebsmäßigen Begünstigungen und Zuteilungen, bessere Arbeitsverhältnisse, billige Kredite und ähnliches. Damals entstanden schrittweise die Kanäle der zweiten, später der dritten Wirtschaft. Der Schicht der qualifizierten Elitearbeiter und der technisch gebildeten Intelligenz wurde ermöglicht, ihr Einkommen teilweise durch privatunternehmerische Nebentätigkeiten zu vermehren. In begrenztem Maße wurden in der Wirtschaft »Kleinexistenzen« – Kleingewerbetreibende, Kleinhändler – zugelassen. Dem Bauerntum wurde gestattet – wieder nur in begrenztem Maße –, außerhalb der LPGs landwirtschaftliche Güter zu produzieren und sie auf dem freien Markt zu verkaufen. Damit wurde die rebellische Potenz des im Ostblock überall äußerst ausgeplünderten Bauerntums beseitigt und zugleich eine seit 1948 beispiellose Fülle und Auswahl an Agrargütern für den Markt geschaffen. Das größere Einkommen konnte auch ausgegeben werden. Es war möglich geworden, eine Art beschränktes Privateigentum zu erwerben, und keiner der neuen Eigentümer brauchte sich Sorgen zu machen, später wieder enteignet zu werden.

In der Staats- und Wirtschaftsverwaltung traten fachliches Können und individuelle Begabung immer mehr in den Vordergrund. Demgemäß gewann die technisch-bürokratische Rationalität immer mehr an Boden. Dieser Umstand schuf für die technisch-bürokratisch gebildete Intelligenz neue Möglichkeiten, sich einerseits ins System einzugliedern, andererseits dem ideologisch gesteuerten Partei-

und Staatsapparat von Zeit zu Zeit die Stirn zu bieten und ihm so viel Kompetenz und Entscheidungsgewalt wie möglich zu entreißen.<sup>9</sup> Schließlich führte er dazu, daß die technisch-bürokratische Intelligenz auch die unteren Parteiämter zu besetzen begann und die Entscheidungen der höheren Instanzen immer erfolgreicher beeinflusste.

Im Bereich der Wirtschaft entstand eine mächtige und erfolgreiche, unter sich konkurrierende Managerschicht der sozialistischen Großunternehmen, die ihrerseits eine wirtschaftliche Rationalität zur Geltung zu bringen versuchte. Teilweise von ihr, teilweise von der Gruppe der an der modernen Wirtschaftstheorie orientierten Nationalökonomern sind die Reformbestrebungen ausgegangen, die ab 1968 zur Dezentralisierung sowohl der Wirtschaft als auch der strategischen Eigentumskompetenzen und damit zu einem Mischsystem zwischen markt- und planwirtschaftlichen Regulatoren führten. Diese Maßnahmen sollten die Öffnung des Landes für die westliche Wirtschaft ermöglichen. Die wirtschaftliche Monopol-lage der Großunternehmen und die personelle Verflechtung der Unternehmensführung mit den lokalen und höheren Parteikreisen erzwang auf allen Ebenen der Hierarchie die besten Bedingungen für den jeweiligen Betrieb und seine Belegschaft. Die entsprechenden Sondervereinbarungen brachten aber die Planwirtschaft um ihre letzte Rationalität und führten zur Bildung eines Systems von Interessenlobbys, in dem sich die Plünderung der nationalen Ressourcen latent institutionalisierte. Die ständig wachsenden Ansprüche der Monopole wurden auf Kosten der ausgelieferten, im materiellen Sinn unproduktiven, vom Staatsbudget abhängigen Bereiche – wie verkehrsmäßige und telekommunikative Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitswesen – befriedigt.

Da die Sondervereinbarungen auch in Richtung Arbeiterschaft abgeschlossen wurden, konnten Konflikte und Forderungen der Belegschaft innerhalb eines Betriebs gelöst werden. Das hatte für die Staats- und Parteiführung den Vorteil, daß sich die Solidarität der Arbeiterklasse in der Vielfalt der Interessen und Berufsgruppen auflöste. Dadurch wurde der Drang zur Interessenartikulation auf politischer Ebene ausgeschaltet. Neben der Zersplitterung der klasseninternen Solidarität hatte dies zur Folge, daß sich ein Großteil der Bevölkerung, aber auch die kritisch-oppositionelle Intelligenz, als potentiell führende Kräfte in der politischen Artikulation und Aggregation von Klassen-, Schichten- und Gruppeninteressen von der Politik abwandten.

Diese »Divide et impera«-Politik und die offengelassenen Kanäle einer beschränkt systemimmanenten Kritik ließen für die Intelligenz nur die Alternative *Anpassung* oder *Marginalisierung* offen. Die wenigsten wählten aber die Marginalisierung. Dem persönlichen Wunsch nach sozialem Aufstieg und moralischer Selbstbestätigung ist die Staats- und Parteiführung mit wohlausgeklügelten ideologischen Manövern, mit einer Konkretisierung der ideologischen Tabus und mit glaubhafter Propaganda für ein ungarisches Modell des Sozialismus entgegengekommen.

---

<sup>9</sup> LENGYEL: Ablak mögött, S. 5-6.

Unzweifelhaft hatte die von Kádár geprägte Periode der »weichen« Diktatur ein gewisses menschliches Antlitz. Es gab ab Ende der sechziger Jahre kaum noch politische Verfolgungen und Repressionen. Es kam zu einem Ausgleich mit den opportunistischen Kirchenführungen der großen Konfessionen. Die Heiligkeit des Privatlebens wurde weitgehend akzeptiert und die – wenn auch beschränkte, aber prinzipiell für jeden geltende – Möglichkeit, einmal in drei Jahren eine Reise in den Westen zu unternehmen, verlieh dem System einen liberalen Anschein. Dem »Kádárismus« gelang es tatsächlich, für eine Zeit von mehr als 15 Jahren einen nationalen Konsens herzustellen, der auf dem Prinzip »leben und leben lassen« beruhte. Das System konnte sogar tolerieren, daß eine zahlenmäßig kleine Gruppe von engagierten Oppositionellen ab Mitte der siebziger Jahre unter schizophrener Verhältnissen, zwischen Legalität und Illegalität schwebend, ihre Arbeit aufnahm. Sie veröffentlichte Schriften und organisierte Vorlesungen in Privatwohnungen, die natürlich auch von der Geheimpolizei überwacht wurden. Die Regierung setzte sich über gewisse Tabus des Ostblocks hinweg und versuchte sogar zweimal, bescheidene Schritte im Interesse der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen zu unternehmen. Als Voraussetzung dafür mußte in Ungarn selbst jede national gefärbte Regung erstickt werden.

Das ungarische Modell des realen Sozialismus war scheinbar zu erfolgreich, um nicht Neid und Haß der sogenannten »Bruderländer« und der sowjetischen Parteiführung hervorzurufen. Von Zeit zu Zeit mußten gewisse Reformmaßnahmen auf Anregung der Sowjets und ihrer linkskonservativen Alliierten in der ungarischen Partei beziehungsweise zur Beruhigung anderer Ostblockstaaten öffentlich oder hinter den Kulissen zurückgezogen werden. Kádár mußte seine »Errungenschaften« durch treue Gefolgschaft gegenüber den Sowjets in der Außenpolitik und 1968 durch Teilnahme an der Aggression gegen die Tschechoslowakei erkauften.

Das kádáristische System hatte jedoch eine Schwachstelle: die Selbstfinanzierung. Es ist ein historischer Gemeinplatz, daß das Herrschaftssystem sowjetischen Typs die eigene materielle Grundlage aufzehrt. Es war auch in Ungarn nicht anders. Im Zeichen des Primats der Politik mußte der relative Wohlstand bei wirtschaftlicher Ineffizienz aufrechterhalten werden. In dem Maß, wie Ungarn seine Tore zum Westen öffnete, strömten – damals noch billige – Kredite ins Land, die gemäß der damaligen Wirtschaftsreform-Ideologie dazu dienen sollten, die nötige Modernisierung der ungarischen Industrie zu finanzieren, um den nötigen Strukturwandel herbeizuführen. Es gelang auch tatsächlich, eine Anzahl von Betrieben und verschiedene Produkte – etwa in der pharmazeutischen Industrie und in der Computertechnik – zeitweilig auf dem westeuropäischen Markt konkurrenzfähig zu machen, aber keineswegs die gesamte ungarische Wirtschaft. Die damaligen Kämpfe zwischen Reformern und Konservativen in der ungarischen Parteiführung und die oft wechselnden Launen in der sowjetischen Führungsspitze ließen jeden Versuch, ein umfassendes Modernisierungskonzept zu erarbeiten, scheitern. Immer mehr wurden westliche Kredite in das redistributive Budgetsystem einbezogen und in steigendem Maß für die Finanzierung des ständig expandierenden Konsumgütermarktes sowie zur Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung verwen-

det. Wenn man heute in die siebziger Jahre zurückblickt, kann man für diese Zeit eine stürmische Bereicherung des Mittelstandes und der gehobenen Arbeiterschichten feststellen. Zu Tausenden entstanden Einfamilien- und Wochenendhäuser, und geradezu explosionsartig stieg die Zahl der Autobesitzer, ganz zu schweigen von anderen weniger auffälligen Zeichen des Wohlstands. Die Regierung war gezwungen, zur Bezahlung der Kreditzinsen immer wieder neue Kredite zu immer härteren Konditionen aufzunehmen.

Die Verschuldung erreichte 1985/1986 eine kritische Schwelle, an der der Regierung kein anderer Ausweg zur Finanzierung der Kreditzinsen und des Budgetdefizits offenblieb, als restriktive inflationäre Maßnahmen einzuleiten. Um ein höheres Steueraufkommen zu erzielen, wurden umfangreichere privatwirtschaftliche Initiativen zugelassen. Als es sich herausstellte, daß der Löwenanteil des Nationaleinkommens auf dem grauen und schwarzen Markt erwirtschaftet wurde, legalisierte die Regierung alle bisher nur tolerierten halblegalen Wirtschaftsaktivitäten. Über diesen Wirtschaftsbereich besaß der offizielle staatliche Finanzmechanismus weder Kontrolle noch ausreichende Informationen. Angesichts des ständig wachsenden Schuldenbergs kam die Staats- und Parteiführung zu der Überzeugung, daß nicht nur die Wirtschaftsverfassung, sondern auch die Wirtschaftsstruktur in Industrie und Landwirtschaft verändert werden mußte. Die staatliche Wirtschaftsführung erkannte, daß die bisher als heilig betrachteten ideologischen Tabus wie Vollbeschäftigung und staatliche Subventionen und Redistributionen unhaltbar geworden waren. Um die drohende Wirtschaftskrise zu vermeiden, wurden die zu Beginn der siebziger Jahre verworfenen marktorientierten Reformtheorien wieder aufgegriffen und zur Apologie einer auf Privateigentum und Privatinitiative basierenden Konkurrenz- und Marktwirtschaft weiterentwickelt. Die notwendig gewordenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen führten zur unabwendbaren Auflösung des ideologischen und politischen Systems der kommunistischen Staatsverfassung. Dieser Vorgang wurde dadurch beschleunigt, daß die sozialistischen Manager der teilweise exportorientierten Monopolbetriebe und ihre Lobbys durch die staatliche Finanzkrise auf eigenartige Weise an Einfluß und Macht gewannen, so daß sie sowohl ihre persönlichen finanziellen Aspirationen als auch diejenigen ihrer Firmen und Berufsgruppen durchsetzen konnten. Sie erpreßten den Staatshaushalt um astronomische Summen zur Finanzierung des administrativen Wirtschaftsapparats, der nach einzuführenden marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten umgebaut werden sollte. Diese Kosten erhöhten zusätzlich die Staatsausgaben und konnten nur durch eine größere Belastung vor allem der budgetabhängigen Bereiche (wie der Landwirtschaft) und eine höhere Besteuerung der privaten Kleinunternehmen ausgeglichen werden. Der bisher bestehende Konsens des Kádárismus ging dabei in die Brüche: Politikeraussagen über soziale Sicherheit, langsamen, aber sicheren wirtschaftlichen Fortschritt und gleichmäßige Steigerung des Konsums entpuppten sich als leere Versprechungen. Denn die Masseneinkommen begannen nach einer kurzen Stagnation sturzartig zu sinken, während sich die Gehälter der Manager drastisch erhöhten.

Von der finanziellen Misere und der ab 1988 steigenden Inflation wurden vor allem die unteren Mittel- und Facharbeiterschichten betroffen. Nach den Feststel-

lungen der politischen Soziologie verlor die Staatspartei dadurch ihre beiden wichtigsten Verbündeten. Diese soziale Polarisierung spiegelte sich innerhalb der herrschenden Partei als Verschiebung des fraktionellen Kräfteverhältnisses wider. Die qualifizierte Facharbeiterschaft, der untere Mittelstand und nicht zuletzt die technisch-bürokratische Intelligenz, die bisher die Masse der Parteimitglieder – wenn auch ideologisch wenig überzeugend – darstellten, nahmen besonders in der Provinz den Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsoligarchien gegenüber eine abwartende, aber auch in Ansätzen bereits eine kritische, gewissermaßen oppositionelle Haltung ein.<sup>10</sup>

Unter Berufung auf Gorbatschow und mit einer wachsenden parteiinternen Unzufriedenheit im Rücken organisierten sich erneut die schon einmal beseitigten reformfreundigen Kreise um Imre Pozsgay und Rezső Nyers, die ihrer unterschiedlichen Auffassungen zum Trotz<sup>11</sup> bald den Weg zueinander fanden und in sogenannten Reformzirkeln auch ihre parteiinterne Basis formal aufzubauen verstanden. Pozsgay suchte sogar außerhalb der Partei nach Verbündeten und beeilte sich deshalb, bei bestimmten politisch-kulturell alternativen Gruppierungen die Rolle des Schutzpatrons zu übernehmen.

Unglückliche Personalpolitik, fehlerhafte finanzielle Manöver, gescheiterte Maßnahmen zur Wiederherstellung der Popularität, die sich formierende bürgerliche Opposition, schließlich die mißliche Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien und die diesbezügliche Unbeholfenheit von Partei und Regierung trieben den Kohäsionsverlust des Regimes weiter voran. Der sich ständig verschlechternde Gesundheitszustand Kádárs, verbunden mit dem Dahinschwinden seines Charismas, ließen seinen guten Ruf in der Öffentlichkeit allmählich verblasen.

Die Revolution von 1956 und die Rolle des hingerichteten Ministerpräsidenten Imre Nagy waren die Angelpunkte des Frontalangriffs der Pozsgay-Gruppe auf die Konservativen der kommunistischen Partei. Die beginnende Diskussion über 1956 hatte eine mehrschichtige Funktion. Die Neuinterpretation der damaligen Ereignisse als »Volksaufstand« durch Pozsgay brachte nicht nur die Zerstörung der von Kádár vertretenen Ideologie und Geschichtsauffassung mit sich, sondern führte zur Mobilisierung weiter Bevölkerungsschichten und ließ sich mit den Forderungen nach parlamentarischer Demokratie und Einführung eines marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems verbinden. Die feierliche Wiederbestattung der Helden von 1956 im Juni 1989 schuf einen neuen, wenn auch nur sehr kurzlebigen nationalen Konsens auf der Grundlage der Forderungen von politischem Pluralismus und nationaler Unabhängigkeit. Neben den Reformkommunisten waren die in der Zwischenzeit gegründeten oder wiedergegründeten Parteien der Opposition zur maßgeblichen politischen Kraft geworden.

---

<sup>10</sup> LENGVEL: Ablak mögött, S. 3-4.

<sup>11</sup> Pozsgays Ideal war eine starke, sozialdemokratisch orientierte Partei, die sich unter pluralistischen Verhältnissen durchsetzt; die Vorstellungen von Nyers bewegten sich weiterhin im Kontext des demokratischen Sozialismus.

Damit war für Pozsgay, der das Amt des Staatspräsidenten oder Ministerpräsidenten anstrebte und sich überall als der führende Mann des politischen Ungarns behandeln ließ, und für den reformistischen Flügel der kommunistischen Partei die Zeit gekommen, mit den Konservativen der Staatspartei zu brechen. Pozsgay gelang es sogar, den schwankenden Vertrauensmann des Zentrums, den damaligen Regierungschef Miklós Németh und dessen Anhänger in seinen Bann zu ziehen. Doch die Masse der mittelständischen Parteimitglieder konnte er nicht für sich gewinnen, obzwar er im Oktober 1989 die Spaltung und Umbenennung der »Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei« (*Magyar Szocialista Munkáspárt, MSZMP*) in »Ungarische Sozialistische Partei« (*Magyar Szocialista Párt, MSZP*) durchsetzte. Bis auf einen kleinen Kreis von sozialdemokratisch engagierten Intellektuellen und etwa die Hälfte des gespaltenen Parteiapparats trat aus diesen Schichten der neuen Partei niemand bei. Viele begegneten ihr mit wachsendem Mißtrauen, da sie vermuteten, daß es sich bei deren Reform um einen Schwindel auf ihre Kosten handle. Außerdem waren die um den Runden Tisch versammelten oppositionellen Parteien viel interessanter und besaßen aussichtsreichere Perspektiven.

Von diesen Parteien ist zuerst das »Ungarische Demokratische Forum« (*Magyar Demokrata Fórum, MDF*) zu erwähnen, das 1987 unter der Schirmherrschaft Pozsgays aus einem Kreis nationalgesinnter Schriftsteller und Intellektueller hervorging. Anfangs war das Forum, das sich damals nicht als Partei, sondern als Bewegung verstand, von Pozsgay als außerparlamentarische Opposition mit teilweise sozialistischer Prägung unterstützt worden. Kaum ein Jahr später legte aber das Forum das sozialistische Gewand ab und verbannte Pozsgay aus seinen Reihen. Unter der Führung des späteren Ministerpräsidenten József Antall wurde das Forum ab Mitte 1989 zur Partei umgestaltet und entwickelte sich zur führenden politischen Kraft der nationaldemokratischen Mittelschicht. Es stellte sich in die Tradition der Christlich-Nationalen und der einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus suchenden Strömungen der Zwischenkriegszeit. Als populistische Volkspartei versprach das Forum jeder Schicht etwas: den Arbeitslosen und denen, die fürchteten, arbeitslos zu werden, die Schaffung eines hinreichenden sozialen Netzes, den Mittelschichten den sozialen Protektionismus, den gewerblichen Mittelschichten und Kleinunternehmern die Reprivatisierung und den Abbau der Staatsmonopole, den Monopolherren den relativ langsamen und sanften Übergang zur Marktwirtschaft, dem Bauerntum die geordnete Reprivatisierung von Grund und Boden sowie die Beseitigung der LPG-Oligarchien und die Schaffung von günstigen Bedingungen für private Hoflandwirtschaften, der administrativ-technokratischen Fachmännerschicht die Beseitigung der kommunistischen Kader, schließlich der ganzen Bevölkerung den ausgeglichenen Übergang zur Marktwirtschaft und die baldige Besserung der sozialen Zustände. Hinter diesen Losungen steckte in der Tat eine Art Programmlosigkeit auf der Ebene des Konkreten. Die Führung des Forums rekrutierte sich vorwiegend aus Literaten, die weder über politische Erfahrungen noch über ein klares Bild von den wirklichen Vorgängen verfügten (was wohl nicht ganz ihre Schuld war). Ihre unklaren Programmaussagen hatten aber den Vorteil, daß sie einerseits eine große

Anziehungskraft auf die Mittelschichten ausübten, andererseits eine gesteigerte Koalitionsfähigkeit besonders gegenüber den Programmparteien andeuteten.<sup>12</sup>

Schon im Herbst 1989 zeichneten sich die Umrisse eventueller Koalitionen ab, die das Forum mit den christlich engagierten Parteien und mit der Partei der kleinen Landwirte anstrebte, mit Parteien, die nicht nur die schnelle Reprivatisierung von Grund und Boden, sondern auch die Rückgabe der enteigneten Mietshäuser und anderer Güter an die alten Eigentümer forderten. Diese betrieben ohne viel Widerhall in der Bevölkerung eine hemmungslose antikommunistische Hetzkampagne.

Gegenüber dieser potentiellen Koalition formierte sich eine markante Gruppe von liberalen Parteien, die aus dem »Verband Freier Demokraten« (*Szabad Demokraták Szövetsége*, SZDSZ) und dem »Verband Junger Demokraten« (*Fiatal Demokraták Szövetsége*, FIDESZ) bestand. Während der SZDSZ aus Kreisen liberalgroßstädtischer, teilweise jüdischer Intellektueller hervorging, die ihre Legitimation aus ihrer halblegalen Tätigkeit über Jahrzehnte hinweg ableiteten, bildet den Kern der Jungdemokraten eine relativ spät, erst Mitte 1988 gegründete Gruppe von Jura- und Politikstudenten. In diesem Umfeld sammelten sich – ganz gleich, ob Rechts- oder Linksliberale – diejenigen, die eine rapide Modernisierung des politischen Systems nach westlichem Muster betreiben wollten. In der ersten Etappe beabsichtigten sie die Einführung einer harten, privaten Konkurrenzwirtschaft; in der zweiten Phase sollte nach der Bildung eines vermögenden Besitzbürgertums dieses Wirtschaftssystem zu einer sozialen Marktwirtschaft umgestaltet werden. Daher schlugen sie zur Belebung der Wirtschaftskonjunktur eine Schocktherapie vor: Dazu gehörte nach ihren Vorstellungen eine schnelle und rapide Privatisierung der staatlichen Großunternehmen durch Verkauf an kapitalkräftige ausländische Firmen, der Abbau des Monopol- und Subventionssystems, eine Markterweiterung und die Beseitigung der inflationären Budgetpolitik. Dabei sollte versucht werden, eine Milderung der Zahlungsbedingungen für die ausländischen Kreditzinsen zu erreichen. Mit diesem klaren Programm weckten die beiden Parteien große Sympathien bei der technokratisch und ökonomisch gebildeten Intelligenz. Auch gelang es ihnen, eine breite Wählerschicht zu erobern. So schien es bald wahrscheinlich, daß sie das Zentrum der neuen Opposition im Parlament bilden würden.

Inzwischen gelang es Pozsgays »Sozialistischer Partei«, einen Bruchteil ihrer früheren Basis zu retten. Sie brachte es sogar fertig, gewisse Teile der Industriearbeiterschaft für sich zu gewinnen und der in sich zerstrittenen Sozialdemokratischen Partei den Wind aus den Segeln zu nehmen. Währenddessen blieb die andere Erbin der kommunistischen Einparteientradition, die von Konservativen neugegründete MSZMP, völlig unbedeutend.

Das gleiche Schicksal hatten die als Reaktion auf die lange Zeit der Einparteienherrschaft entstandenen kleinen Splitterparteien zu erleiden. Sie traten entweder als Erben von Alternativbewegungen auf, oder sie beriefen sich auf eine Kontinuität mit den früher gleichgeschalteten bürgerlichen Parteien. Während die ehe-

<sup>12</sup> LENGYEL: Delelőn, S. 4-5.

maligen Alternativen für die Modernisierung zweitrangige – überwiegend humanitäre oder bürgerrechtliche – Fragen in den Mittelpunkt ihrer Propaganda stellten, hatten die historisch legitimierten Parteien überhaupt kein greifbares Programm für die gegenwärtigen politischen Verhältnisse und zermalmten sich zudem in innerparteilichen Kämpfen. Nicht selten hat die Generation der in den vierziger Jahren aktiven Politiker die Führung an sich gerissen und ist naturgemäß bald in Gegensatz zu den Jüngeren geraten, die die politischen Einstellungen der Koalitionsära in der Zeit von 1945 bis 1948 als überholt betrachteten und die mit den aktuellen politischen Aufgaben besser vertraut waren. Das führte zu einer noch stärkeren Zersplitterung der politischen Szene. Diese Gruppierungen konnten sich weder auf charismatische Persönlichkeiten noch auf ein breites Wählerreservoir stützen.

Es war eine Zeitlang unklar, was mit dem ehemaligen Apparat der MSZMP und ihren Satellitenorganisationen geschehen sollte. Mit der Auflösung des Systems verlor die Parteibürokratie ihre Macht, ihre soziale und amtliche Position und büßte ihr bisheriges Prestige ein. Es ging aber nicht nur um die Parteibürokratie im engeren Sinn des Wortes, sondern auch um einen wesentlichen Teil der Intelligenz, der sich den Regeln der negativen Auswahl angepaßt hatte, einen Kompromiß mit der Partei eingegangen war und die bürokratischen Fachapparate besetzt hatte. Diese Schicht geriet mehrfach in Gefahr. Erstens mußte die Rationalisierung der Verwaltung die Zahl der Ämter, aber auch ihr Personal stark dezimieren. Zweitens sollte das Personal der Fachapparate nach rationalen Eignungsprinzipien angestellt werden. Drittens hatte sich der bürokratische Mittelstand bis dahin im Dienste des Einparteienstaates weitgehend kompromittiert.<sup>13</sup> Viertens war das System durch einen Stau von Generationen charakterisiert, in dem Fachleute im Alter von Mitte dreißig oder Anfang vierzig als Anfänger galten. Es lag also auf der Hand, daß die durch die Rationalisierung Gefährdeten alles tun würden, um ihre Position und ihr Einkommen zu sichern oder einen erfolgreichen Statuswechsel herbeizuführen. Die gut positionierten Gruppen der Partei versuchten, in der Wirtschafts- oder Kulturverwaltung unterzutauchen und ihre bisherige politische Machtstellung gegen soziale Machtpositionen auszutauschen.<sup>14</sup>

Diese Tendenz hat die letzte sozialistische Führung unter Németh genauso gefördert, wie die Bestrebungen des höheren Parteiapparats, das angehäuften, dem Staat entwendete Vermögen in Form von Wirtschaftsgesellschaften und Privatunternehmen zu retten, um auf diese Weise eine ökonomische Basis für ihre private und politische Fortexistenz zu schaffen. Dies paarte sich mit den Bestrebungen der Monopolherren, durch komplizierte Manöver Verwaltungsrechte in Eigentumsrechte zu verwandeln, mithin staatliche Eigentums- und Vermögensanteile zu enteignen. Diese sogenannte »spontane Privatisierung«, die sich auf die damals geltende, recht verworrene gesetzliche Regelung zur Gründung von Gesellschaften berief, konnte die inzwischen ins Leben gerufene Staatliche Vermögensagentur wegen des rechtlichen Wirrwarrs kaum unter Kontrolle halten. In den meisten Fällen liefen die Privatisierungen mit ausländischen Firmen und die Gründungen

<sup>13</sup> Zur Interessen- und Verflechtungsstruktur HANKISS: A »Nagy Koalíció«, S. 18.

<sup>14</sup> HANKISS: A »Nagy Koalíció«, S. 15.

von Joint Ventures darauf hinaus, die Position der ungarischen Manager zu stabilisieren.

Es war damals nicht genau zu erfahren, inwieweit die verschiedenen Verwaltungsebenen von Parteileuten durchsetzt waren. Die Verschmelzung von Partei und Bürokratie erschwerte die Differenzierung. Deshalb stellte sich bald die Frage, ob es durch diese Verschmelzung nicht zu einer Spaltung der staatlichen Institutionen kommen könnte: während Parlament und Regierung von demokratischen Kräften beherrscht wurden, blieben Teile der Exekutivgewalt vorerst in den Händen des früheren Personals. Dadurch hätten die unteren Instanzen die Anweisungen der höheren ungestraft ignorieren oder bei der Durchführung ins Gegenteil umkehren können. Eine derartige Verselbständigung der Exekutive war aber nicht einmal im Ansatz festzustellen. Die Fachapparate erfüllten bis zum letzten Tag ihre Pflicht. Die Rechtsparteien schossen aber mit ihren Drohungen zur Entbolschewisierung und das »Große Saubermachen« weit über das Ziel hinaus. Besonders in den höheren Fachapparaten der Ministerien setzte eine Massenflucht aus den Ämtern ein. Gerade die besser qualifizierten Fachleute sahen sich nach besser bezahlten und sichereren Arbeitsplätzen um. Somit begann eine umgekehrte negative Selektion, deren Folgen die Antall-Regierung zu spüren bekommen sollte.

Besonders diejenigen Institutionen, die über effektive Gewalt verfügten, gaben damals Anlaß zur Besorgnis. Weder bei der Armee noch bei anderen Einrichtungen war ihr Verhalten mit Gewißheit vorauszusehen. Man erzählt heute noch über angebliche Verhandlungen zwischen konservativen kommunistischen Führern und einigen Generalen über einen eventuellen Putsch. Inzwischen konnte die Armee im großen und ganzen an die Verhältnisse der pluralistischen Demokratie angeglichen werden. Die Gruppe der mit Ideologie Gefütterten und der ideokratischen Herrschaft bedingungslos Ergebenen, deren militärische Qualifikation zu wünschen übrig ließ, mußte sich den Verlust der Herrschaft über Geist und Seele sowie die Initiative der jüngeren, reformfreudigen Offiziersgeneration gefallen lassen. Die Generalität und das Offizierkorps mußte einsehen, daß die Gewinne einer Umgestaltung weit größer sind als die Verluste: das Prestige einer nationalgesinnten Armee liegt doch unvergleichlich höher als dasjenige der Vorhut einer fremden Besatzungsmacht. Eine technische und ausbildungsmäßige Modernisierung würde nicht nur den Rekruten den Sinn eines Militärdienstes glaubhaft machen, sondern auch dazu beitragen, die längst verlorene Hochachtung bei der Bevölkerung wieder herzustellen. Schließlich würde auch die sich verstärkende Tendenz zu einer Berufsarmee, die eine Chance auf erfolgreiche Verteidigung bietet, eine ähnliche Entwicklung ermöglichen.

Weitaus problematischer war die Lage des Apparats im Innenministerium und der Polizei, da die Notwendigkeit der Überwachung und Kontrolle der gesamten Bevölkerung nicht mehr gegeben war. Die Polizei mit ihren Behörden und Instanzen war mit der Einführung von juristisch korrekten und konstitutionell fundierten Verfahrensregeln und gerichtlicher Praxis nicht mehr Staat im Staate und geriet selbst unter gesellschaftliche Kontrolle. Dieser Polizeiapparat hatte als festeste Säule des früheren Regimes Jahrzehnte hindurch – sogar noch 1988 – die demo-

kratischen und nationalen Regungen in der Bevölkerung niedergewalzt und den einzelnen Bürger mit einem ausgedehnten Spitzel- und Geheimarchivsystem in den kafkaesken Zustand des eventuellen Schuldigseins versetzt. In dem Maß, wie die Autorität dieses Apparats schwand und seine Mitglieder in der zivilen Gesellschaft »personae non gratae« wurden, wuchs seine innere Kohäsion.

Die Polizei war die erste in der Reihe der Institutionen, die in der Vorbereitungsphase der Diktatur von der Partei erobert worden war; später hatte er das nicht mehr salonfähige Personal der Staatssicherheitsbehörde aufgesogen und schließlich die Repressionen und politischen Prozesse nach 1956 durchgeführt. Es war also klar, daß dieser Apparat am stärksten an die Einparteiendiktatur gefesselt und mit dieser engstens verflochten war. Zurecht war also damit zu rechnen, daß er noch lange alten Verhaltensregeln gehorchen, eine Einschränkung seines Wirkungsbereichs möglichst verhindern und nur eine Scheinanpassung durchführen würde. Es war keineswegs ausgeschlossen, daß er – insbesondere im Fall einer äußersten Zuspitzung der parteilichen und sozialen Kämpfe – zur Brut- und Organisationsstätte einer linkskonservativen Wende werden könnte. Diese Angst hat sich jedoch nicht bewahrheitet. Mit dem drastischen Anwachsen der Kriminalität in der letzten Phase der realsozialistischen Herrschaft sank die Autorität der Polizei allmählich auf den Nullpunkt. Schon in den letzten Monaten der Németh-Regierung fing ihre Umgestaltung an.

Die heikelste Angelegenheit des niedergehenden ungarischen Herrschaftsystems war sicher die mit jeder demokratischen Verfassung unvereinbare »Arbeitermiliz«, die durch die Németh-Regierung – wohl auch in eigenem Interesse – blitzartig und rechtzeitig um ihre Waffen gebracht und zwangsweise aufgelöst wurde. Diese zu Terroraufgaben ausgebildete paramilitärische Kampforganisation wäre nicht nur die gefährlichste Bedrohung der Demokratie, sondern auch für den friedlichen Übergang zu dieser Staatsform gewesen.

Das Gewehr in der Hand symbolisierte den Arbeitermilizionären nicht nur die Beteiligung an der Macht, sondern berechtigte sie zum Erhalt von finanziellen Sonderzuwendungen und anderen materiellen Privilegien. Mit ihrer Auflösung wurden die aus der Existenz einer solchen Organisation fließenden Gefahren nicht automatisch beseitigt. Denn die geschichtliche Erfahrung der letzten Jahrhunderte lehrt, daß militärische und paramilitärische Körperschaften eine besondere Neigung zu spontaner Reorganisation besitzen, besonders wenn sie dazu auf informellen Wegen ermutigt werden.

Im Rahmen dieser Darstellung kann nicht die ganze Komplexität der Einstellung der noch herrschenden Kräfte zum Verzicht auf die Regierungsmacht erörtert werden. Mit großer Sicherheit läßt sich aber sagen, daß sie eine wirtschaftliche Katastrophe für unausweichlich hielten, die das Risiko ihres gewaltsamen Sturzes gebracht hätte. Daher überließen sie die schmutzige Arbeit der kommenden demokratischen Regierung, wobei sie insgeheim auf deren Scheitern hofften. Mancher von ihnen hat sogar öffentlich gewisse Spekulationen über die baldige Legitimationskrise des parlamentarischen Systems und über die Rückkehr der Kommunisten in die Regierungsverantwortung zum Ausdruck gebracht. Das zerstörte immerhin die Glaubwürdigkeit der Behauptung frischgebackener Sozialisten, sie

hätten die neue Demokratie auf den Weg gebracht, aber auch den Mythos der ehemaligen Oppositionsparteien, ihre jahrzehntelange Auflockerungstätigkeit hätte die moralische Basis der kommunistischen Herrschaft zerstört und schließlich den Umbruch bedingt. In Wirklichkeit fand eine Flucht der Herrschenden aus der Macht statt, da diese die materielle Basis der regierten Gesellschaft aufzehrte und das bestehende Sozialgefüge weitgehend zerstörte.

Der sogenannte friedliche Übergang zur Demokratie gewährte den ehemaligen Herrschenden Straffreiheit und darüber hinaus ein gewisses Maß an Legitimation, während die demokratischen Parteien keine revolutionären Züge in ihrer Legitimation und keine feste Massenunterstützung aufwiesen. Das barg die Gefahr in sich, daß breite Schichten in der Bevölkerung den Umbruch zur Demokratie als puren Regierungswechsel, als eine Quasikontinuität der Herrschaft – statt Einparteien- eine Mehrparteien-diktatur – erleben würden. Dieser Verdacht bestätigte sich durch die rapide Auflösung des oppositionellen Runden Tisches und die erbitterten, nicht selten unfair geführten politischen Kämpfe am Vorabend der ersten freien Parlamentswahlen nach vierzig Jahren.

Die Wahlen im Frühjahr 1990 brachten bekanntlich den Sieg der vom MDF angeführten Koalition christlich-demokratischer Prägung. Die Gefahr, die neue Regierung müsse mit einem Vertrauensmangel rechnen, erwies sich nicht als unbegründet. Die kurzfristig vorteilhaften Eigenschaften des Forums, vor allem die vielschichtige, in sich aber widersprüchliche Ideologie, die zahlenmäßig breite, aber größtenteils von ihren materiellen Tagesinteressen gesteuerte und deshalb schwankende soziale Basis, aber auch das Fehlen eines konkreten Aktionsprogramms, politische sowie diplomatische Unbeholfenheit, schließlich der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften rächten sich sehr bald und riefen teils begründete Ängste und berechtigte Kritik hervor. Hinzu kam, daß die Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Großrivalen – dem Demokratischen Forum und den Freidemokraten – relativ ausgeglichen waren und die höheren Schichten der Intelligenz fast geschlossen für die Freidemokraten votierten. Prominente dieser Schicht zögerten nicht, ihren Mißmut und ihre Vorahnungen durch Presseberichte über eine bald einsetzende Wirtschaftskatastrophe zum Ausdruck zu bringen und ständig zu wiederholen. Dadurch kam es zu einer Spannung, sogar zu einer Spaltung zwischen Regierung und Massenmedien. Etliche verfehlte Äußerungen – nervöse Reaktionen auf Kritik, Versuche autoritärer Eingriffe in gewisse Vorgänge, Anspielungen auf das Judenproblem und den Irredentismus – fanden kurzzeitig einen negativen Widerhall in der politischen Öffentlichkeit Westeuropas und der USA. Die erste Regierung der »dritten Republik« Ungarns mußte ihre Amtszeit mit zahlreichen und schweren Hypotheken beginnen. Es ist nicht zu leugnen, daß die Regierung ihre Ratlosigkeit auf dem wirtschaftlichen Sektor damit verschleiern wollte, indem sie vorwiegend politische Fragen in den Vordergrund rückte. Es ist freilich sehr fraglich, ob eine andere Regierung – gleich welcher politischer Richtung – wirksamer und entschlossener handeln könnte. Diese Regierung, aber auch die nächste und übernächste werden es schwer haben. Sie sind die Erben eines politischen Bankrotts und müssen ein ganzes Bündel von Krisenerscheinungen bewältigen.

Die ausgeplünderte, unter Kapital- und Technologiemangel leidende, von steigender Inflation heimgesuchte, auf einem starren Großunternehmersystem basierende Wirtschaft ist der heikelste Punkt der Umgestaltung.<sup>15</sup> Großunternehmertum entsteht unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen durch eine gewisse Überlegenheit gegenüber der Konkurrenz auf dem Markt. Doch die ungarischen Großunternehmen entstanden nicht durch eine Selektion und Konzentration auf dem Markt, sondern aufgrund administrativer Beschlüsse. Da diese Betriebe nur begrenzt zu einer flexiblen Anpassung an den Markt fähig sind, interessieren sich die Spitzenmanager vornehmlich für die Erhaltung des bisherigen, von staatlicher Unterstützung und Redistribution abhängigen Systems.<sup>16</sup> Ihre Monopollage, ihre für konvertible Währung exportierbare und den konvertiblen Import ersetzende Produktion, aber nicht zuletzt ihre guten Beziehungen zur Bürokratie befähigen sie, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen gegenüber der Regierung, die einen schrittweisen Strukturwandel erzielen will, eventuell weiterhin durchzusetzen. Die Regierung ist in der krisenhaften Wirtschaftslage auf die Großunternehmen weitgehend angewiesen und muß deshalb Kompromisse eingehen, die einen radikalen Strukturwandel zeitlich immer weiter hinausschieben und sich sozialökonomisch destabilisierend auswirken können. Wenn die Regierung einen radikalen Wandel des abgewirtschafteten Systems vornehmen wollte, so könnten die entstehenden sozialen Spannungen in einigen Monaten zu ihrem Sturz führen. Wenn sie aber diese einschneidenden Maßnahmen unterläßt, so wird der Gesamtstandard der Wirtschaft weiter sinken, und die Sprengkraft der sozialen Spannungen wird sich langfristig vervielfachen.

Die zunächst zögernde Antall-Regierung brachte keine gesetzliche Regelung für die Marktwirtschaft zustande. Dadurch wurde die Inanspruchnahme von weiteren lebenswichtigen und schon bereitgestellten ausländischen Krediten in Frage gestellt. Das ungelöste Problem von Grund und Boden, die nicht konkretisierte gesetzliche Regelung zur Privatisierung verunsichern auch die Bauern, die ohne Kapital und bei über 30% liegenden Bankzinsen zu einer selbständigen Bewirtschaftung ihrer Höfe nicht gerüstet sind. Dies alles gefährdet die landwirtschaftliche Basis und damit die wichtigste Quelle für ungarische Exportgüter. Eine radikale Schrumpfung der Agrarproduktion kann sogar die ausgeglichene Lebensmittelversorgung gefährden und weitere inflationäre Effekte erzeugen.

Da die Zahlungen für Produktionsgüter in Zukunft im Handel mit den anderen osteuropäischen Staaten in US-Dollar zu leisten sind, werden die im europäischen Durchschnitt enorm hohen Produktionskosten noch weiter ansteigen. Der Zusammenbruch des sowjetischen Marktes und der sowjetischen Energielieferungen sowie des RGW erschütterten den Markt der ungarischen Industrie. Verschuldung, drohende Zahlungsunfähigkeit, sinkende Produktion, Schließung von Betriebsabteilungen und der Verkauf von Produktionsmitteln sind einige Charakteristika der postsozialistischen ungarischen Wirtschaft. Diese Krise gefährdet die

---

<sup>15</sup> Eine tiefgreifende Analyse der Wirtschaftsstruktur und Reformversuche auch in historischer Sicht bietet SZALAI: *Gazdasági mechanizmus*.

<sup>16</sup> Vgl. SZALAI: *Az új elit*, S. 41.

kleinen kapitalarmen Privatunternehmen, für deren Produkte die staatliche Industrie bislang einen breiten Markt bot. Die unsoliden Kleinunternehmen, die unter der schlechten Zahlungsdisziplin der staatlichen Großunternehmen am meisten zu leiden haben und denen die Banken wenig Vertrauen entgegenbringen, müssen Tag um Tag ums Überleben kämpfen. Teils wegen der Misere in der Großindustrie, teils wegen der schleppenden Verteilung und Auszahlung der zur Belegung der privatunternehmerischen Tätigkeit dienenden Kredite, die durch Bankmanöver in das Staatsbudget kanalisiert wurden, erhielt der Aufschwung bei wirtschaftlichen Privatinitiativen nicht das erwünschte Tempo. Die Unentschlossenheit der Regierung beim Verkauf von staatlichen Betrieben an ausländische Investoren, administrative Hemmungen und Komplikationen sowie die oft als instabil beurteilte innenpolitische Lage behinderten bisher, trotz ermutigender Ansätze, die umfangreiche Ansiedlung von ausländischen Firmen und den wirkungsvollen Einsatz von ausländischem Kapital. Durch die im Herbst 1990 ausbrechende Energiekrise drohte der ungarischen Wirtschaft wiederum ein Kollaps.

Diese Erscheinungen machten nachdrücklicher als je zuvor klar, daß ein radikaler Umbau – wie schmerzhaft er auch wird – nicht weiter aufgeschoben werden darf. Zu der Armut, die früher auf dem Land und jetzt in den Städten angesiedelt ist, kommt wahrscheinlich bald eine Massenarbeitslosigkeit, deren Folgen nicht wie in einigen westlichen Staaten durch ein engmaschiges soziales Netz aufgefangen werden können.<sup>17</sup> Die unter Exportzwang stehende, restriktive monetäre Wirtschaftspolitik der kommunistischen Regierungen seit 1986 beschleunigte die Verarmung breiter städtischer Schichten. Das Ergebnis war eine zerstörte Infrastruktur und eine größere Zahl von körperlich und seelisch kranken Menschen. Das zeigt sich im weitverbreiteten Alkoholismus, im extremen Anstieg der Selbstmordrate und in der ständig zunehmenden Kriminalität.

Armut ist aber nicht die einzige Last dieser Gesellschaft: man begegnet einer an verschiedenen Fronten zersplitterten, atomisierten Massengesellschaft, deren bisher latent existierenden Interessengruppen erst vor kurzem begannen, eine eigene Identität zu entwickeln. In dieser Atmosphäre war es das höchste Anliegen der Gruppen und Individuen, sich selbst zu retten, um in einem Krieg aller gegen alle zu überleben. Dieser führte letzten Endes zu einem von Furcht, Aggressivität und Gleichgültigkeit charakterisierten moralischen Zusammenbruch.<sup>18</sup> Furcht bedeutet hier längst nicht mehr Angst vor politischer Repression und Terror, sondern individuelle Existenzangst, Angst vor Bedrängnissen und Streßsituationen, die wiederum eine ständige Bereitschaft zur Aggression induzieren. Die Aggressionslust steigern die in der vergangenen Periode gesteuert angesammelten Ressentiments,<sup>19</sup> die jetzt mit älteren, erneut wirksamen Feindseligkeiten zusammen wirken. Rassen-, Generationen-, Schichten- und Berufshaß färben nicht nur die Konkurrenzfelder, sondern auch das alltägliche Zusammenleben. Die bis vor kurzem dauernde Aussichtslosigkeit von Neuerungsbestrebungen hatten eine

---

<sup>17</sup> KOLOSI: Jegyzetlapok, S. 7.

<sup>18</sup> HANKISS: Kelet-európai alternatívák, S. 54-62.

<sup>19</sup> HANKISS: Közösségek, S. 19.

allgemeine Apathie, insbesondere im politischen Bereich, zum Ergebnis. Während des Systemwandels haben die meisten auf eine zielgerichtete politische Tätigkeit verzichtet und das ihnen angebotene System von Scheininstitutionen und Scheintaten entgegengenommen. Dies befreite sie von der persönlichen Verantwortung und dem Zwang zur Selbstbestimmung. Der kommunistische Versuch zur Aufhebung der Politik ist mit der Verzerrung der politischen Kultur einhergegangen, wobei politische Begriffe wie Nation, Klasse, rechts, links ihre Bedeutung verloren oder zu leeren Slogans geworden sind. Da die meisten von der marktgerechten Wirtschaft genauso wie von der Politik ausgeschlossen waren, wurde die bestimmende Denkweise teilweise markt- und kapitalfeindlich.<sup>20</sup> Da Interessen nur inoffiziell zur Geltung zu bringen waren, entstand Mißtrauen und eine Abwehrhaltung den öffentlichen Institutionen gegenüber. Allein durch verantwortungsvolles und realistisches politisches Verhalten kann diese mißliche Lage nicht überwunden werden. Doch Illusionen und politische Romantik dürften in eine noch tiefere Frustration münden, die den Ruf nach dem starken Mann wecken kann.

Die Grundfrage ist, ob in der nahen Zukunft ein marktorientierter, unternehmerischer Mittelstand, ein Besitzbürgertum entstehen kann, das sich eine eigene wirtschaftliche und politische Machtbasis schafft und damit zum Träger der Modernisierung von Staat und Gesellschaft wird.<sup>21</sup> Sollte das nicht der Fall sein, dann bleibt die Wende ein halber Sieg, bei dem eine über eine populistische Basis verfügende Intelligenz die Ausgestaltung einer formalen Demokratie herbeiführte. Diese Intelligenz spielt nämlich traditionell eine recht widersprüchliche Rolle. Im 19. Jahrhundert mußte sich der Adel an die Spitze einer bürgerlichen Revolution stellen, da ein zahl- und kapitalkräftiges Bürgertum nicht vorhanden war. Heute hat die Intelligenz diese Funktion übernommen. Sie ist aber weder in Ungarn noch anderswo an den Markt, sondern an die staatlich redistributive Sphäre gebunden, deshalb ist sie auch der Träger einer latent marktfeindlichen Einstellung. Sie ist als Erbin einer typisch ungarischen Denktradition mehr für einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus in der Wirtschaftsordnung als für eine kapitalistische Marktwirtschaft westlichen Typs. Die marktfeindlichen Empfindungen dieses Teils der Intelligenz werden noch verschärft durch die Tatsache, daß die Betroffenen in den letzten Jahren gerade bei dem Versuch, auf manchen Gebieten marktmäßige Mechanismen einzuführen, den vergleichsweise größten Einkommens- und Lebensstandardverlust erleiden mußten. Dazu kommt noch die Gefahr, daß die politische Initiative, besonders auf lokaler Ebene, nicht selten von Menschen mit mißglückten Karrieren und gescheiterten Existenzen ausging, die mangels Begabung, Bildung und Anpassungsvermögen außerhalb der Kompromißstruktur des gestürzten kommunistischen Systems blieben und jetzt allein mit antikommunistischen Parolen im neuen demokratischen Staats- und Gesellschaftssystem schnell aufsteigen wollen.<sup>22</sup>

---

<sup>20</sup> KOLOSI: Jegyzetlapok, S. 8-9.

<sup>21</sup> KOLOSI: Jegyzetlapok, S. 8-9.

<sup>22</sup> SZALAI: Az új élet S. 40-41.

Die Auflösung des Ostblocks, des RGW und des Warschauer Pakts eröffnete nicht nur neue Wege mit positiven Entwicklungstendenzen. Ostmitteleuropa ist wieder ein Konglomerat von Kleinstaaten geworden, die ihre historische Sequenz von demokratischen und darauffolgenden autoritären Versuchen einer Staatsgestaltung wohl noch nicht beendet haben und den Großmächten nach wie vor hoffnungslos ausgeliefert sind. Sie betteln um Gunst und Gnade bei Deutschland, in dessen Einflußzone sie immer schon gehörten. Dieser Konkurrenzkampf, die Lage ihrer Wirtschaft, aber nicht zuletzt das Wiederaufflammen des chauvinistischen Nationalismus, macht eine ausgedehnte Zusammenarbeit und regionale Integration unter ihnen noch lange aussichtslos. Weder die internationalistische Ideologie des Kommunismus noch die pluralistische Demokratie konnte ihre strukturbedingten Gegensätze beseitigen.<sup>23</sup> Trotz der oben erörterten Gefahren und Fehlentwicklungen hat Ungarn vielleicht die besten Chancen, sein historisches Handicap zu bewältigen. Das Vorhandensein einer starken politischen Opposition und einer unabhängigen Presse, der praxisorientierte Pragmatismus, das Fehlen von einflußreichen nationalchauvinistischen Kräften, die ideologische Allheilmittel anzubieten pflegen, verurteilen wahrscheinlich Bestrebungen zur erneuten Monopolisierung der politischen Macht zum Scheitern. Die Herausbildung demokratischer Institutionen, die längere Tradition von marktwirtschaftsähnlichen Experimenten und die schon früher angeeigneten Gewohnheiten der Konsumgesellschaft ermöglichen hoffentlich eine leichtere und kürzere Anpassungsperiode an Westeuropa als das in den Nachbarstaaten der Fall zu sein scheint. Diese historische Chance kann ebenso genutzt wie vertan werden. Darin besteht die Verantwortung der ungarischen Politik heute. Die größte Verantwortung für Osteuropa aber tragen die Westmächte, besonders Deutschland und die Europäische Gemeinschaft, nämlich dafür, daß diese Länder in den kommenden Jahrzehnten nicht wieder zur Region einer fortdauernden Instabilität werden.

### *Schrifttum*

- BECSEKÉHÁZI Attila: A világképpé kövült ráció mítosza [Mythos der zur Weltanschauung erstarrten Vernunft]. In: *Valóság* 32 (1989) Nr. 8, S. 52-61.
- HANKISS Elemér: Közösségek, válság és hiány [Gemeinschaften, Krise und Mangel]. In: *Valóság* 23 (1980) Nr. 9, S. 12-26.
- HANKISS Elemér: Kelet-európai alternatívák [Osteuropäische Alternativen]. Budapest 1989.
- HANKISS Elemér: A »Nagy Koalíció« vagy a hatalom konvertálása [Die »Große Koalition« oder die Konvertierung der Macht]. In: *Valóság* 32 (1989) Nr. 2, S. 15-31.
- HORVÁTH Ágnes – SZAKOLCAI Árpád: A párt különös hatalma [Die eigenartige Macht der Partei]. In: *Valóság* 32 (1989) Nr. 10, S. 26-37.
- KOLOSÍ Tamás: Jegyzetlapok 1989 nyarán [Notizblätter im Sommer 1989]. In: *Valóság* 32 (1989) Nr. 10, S. 1-9.
- LENGYEL László: Delelőn [Zur Mittagszeit]. In: 2000, 1 (1989) Oktober, S. 2-9.

<sup>23</sup> LENGYEL: Az új Európa, S. 3-5.

- LENGYEL László: Az új Európa – magyar szemmel [Das neue Europa – aus ungarischer Sicht]. In: 2000, 2 (1990) Februar, S. 3-5.
- LENGYEL László: Ablak mögött [Hinter dem Fenster]. In: 2000, 2 (1990) März, S. 3-8.
- SZALAI Erzsébet: Gazdasági mechanizmus, reformtörekvések és nagyvállalati érdekek [Wirtschaftsmechanismus, Reformbestrebungen und die Interessen der Großunternehmen]. Budapest 1989.
- SZALAI Erzsébet: Az új elit [Die neue Elite]. In: Beszélő 3 (1989) Nr. 27, S. 40-43.
- SZENTIES Tamás: A sztálini rendszer: történelmi zsákutca [Das System des Stalinismus: eine historische Sackgasse]. In: Társadalmi Szemle 44 (1989) Nr. 11, S. 3-18.
- TALLÁR Ferenc: Sztálinizmus és reszakralizáció [Stalinismus und Resakralisierung]. In: Valóság 32 (1989) Nr. 2, S. 32-51.